

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: 22.10.2019
Antragsnr.: 263/2019
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: VI

erlanger linke

Stadtratsgruppe für soziale Politik

Erlangen, den 22.10.19

**Busfahren ohne Datenspuren – keine Strafgebühren für Handyverweigerer
Änderungsantrag zum Stadtrat 10/2018, TOP 24 – Tariffortschreibung VGN**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Zu TOP 24 stellen wir den Änderungsantrag:

1. Die Stadt verlangt bei der geplanten Digitalisierung der Fahrscheine, dass alle Entwicklungen und Studien als Pflichtanforderung: "Privacy by design" befolgen, d.h. das Entstehen von „Datenschatten“ oder „Mobilitätsprofilen“ beim Fahren im VGN muss bereits im technischen Konzept unmöglich gemacht werden.

Ist dies mit einem Tarifmodell nicht möglich, wird es nicht weiter verfolgt.

2. Die Stadt verlangt bei der geplanten Digitalisierung der Fahrscheine, dass eine Diskriminierung von Digitalverweigerern ausgeschlossen wird

Begründung:

Zu 1: Die mit dem „e-Ticket“ gerne gewünschte „streckengenaue Abrechnung“ erfordert die **Speicherung, Wer wann von wo nach wo** fährt. Man kann also nicht mehr anonym fahren. Wenn es diese Daten – auch Mobilitätsprofil genannt – erst einmal gibt, wollen Alle sie haben und bekommen sie auch: Polizei, Geheimdienste, Konzerne.

Die Erfahrung zeigt: Sind technische Möglichkeiten der Überwachung erst einmal da, werden sie auch genutzt: Bei der Einführung der Autobahnmaut vor zehn Jahren ist hoch und heilig versprochen worden, dass das System nicht zur Überwachung eingesetzt wird und deswegen die gesammelten Daten ausschließlich für die LKW-Mautabrechnung verwendet werden. Tatsächlich speichern die Mautbrücken von Toll Collect aber alle Fahrzeuge – und die autoritäre „Sicherheitspolitiker“ wollen die Daten für die Totalüberwachung. Oppermann (SPD) sagte: „Wir brauchen keine Autobahn-NSA“. Wir ergänzen: „Und auch keine Bus- und Bahn-NSA.“

Zu 2. Es ist schlicht inakzeptabel, wenn Menschen, die weder einen Computer, noch ein „Wischkästla“ besitzen, „Strafgebühren“ oder „Analogsteuern“ zahlen sollen, also dass „analoge“ Fahrscheine teurer sind, als digitale Fahrscheine. Wir reden ständig von Barrierefreiheit – hier drohen neue Barrieren. Eine solche Diskriminierung insbesondere ältere Menschen muss verhindert werden.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Pöhlmann
(Stadtrat)

Anton Salzbrunn
(Stadtrat)